

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
sollen die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 25 Bg.
Klanten 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 90 Bg., mit Drucker-
lohn 95 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mt.
auschl. Bestellgeld.

Erscheinung: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 94

Donnerstag, den 14. August 1919.

27. Jahrgang

Nr. 160.

Bekanntmachung.

Betr.: Einfuhr aus Frankreich.

Gemäß der letzten Verordnungen wird folgendes
der Bevölkerung bekanntgegeben:

Einfuhr. — Die Industriellen oder Kaufleute
des besetzten Gebietes, die in Verbindung mit französischen
Firmen treten möchten, um sich die nötigen Rohstoffe
oder Fertigfabrikate zu verschaffen, müssen ein Gesuch
an den Militär-Administrateur ihres Bezirks einreichen.
Solche Gesuche müssen genau bestimmen die Art, Be-
schaffenheit und Qualität bezw. Auswahl der Waren
oder Artikel, welche eingeführt werden sollen, auch
wenn möglich, den Namen und die Adresse des fran-
zösischen Fabrikanten, welche in der Lage sein könnten,
diesen Offerten zu entsprechen.

Ausfuhr. — Die Industriellen und Kaufleute,
die ihre Produkte usw. nach Frankreich schaffen möchten,
können auch ein Gesuch in ähnlicher Weise einreichen.

Wiesbaden, den 13. Februar 1919.

Pour rappel
l'Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne.)
signé: de Juvigny.

Xe. Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). No. 6974/A.

Bekanntmachung.

Der Kommandierende General hat entschieden, daß
die Appelle der Demobilisierten im ganzen Gebiet der
Armee aufgehoben sind.

Wiesbaden, le 9. août 1919.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne)
signé: de JUVIGNY.

7022/A.

Bekanntmachung.

Eine letzte in den Zeitungen erschienene verstümmelte
Mitteilung konnte den Glauben erwecken, als ob die
Räumung des durch die französischen Militärkräfte besetzten
rechten Rheinufer in Aussicht genommen wäre. Es ist
hier eine Auslegung, die jeder wahren Grundlage entbehrt.

Wiesbaden, den 9. August 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Die neue Verfassung.

Ministerpräsident Bauer zum Reichskanzler ernannt.
mz. Berlin, 13. August.

Im heutigen Reichsgesetzblatt wird die neue Ver-
fassung des Deutschen Reiches veröffentlicht, die damit
in Kraft getreten ist. Die ersten Folgerungen hieraus
sind der Reichspräsident sofort, indem er den bisherigen
Präsidenten des Reichsministeriums, Gustav Bauer, zum
Reichskanzler ernannte. Die Ernennung erfolgte auf
Grund des Art 53 der Verfassung, in dem es heißt:
„Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichs-
minister werden vom Reichspräsidenten ernannt und
entlassen.“

Die v. r. f. s. s. g. b. e. d. e. u. t. s. c. h. e. Nationalversammlung,
deren wichtigste Aufgaben nunmehr erledigt sind, führt
jetzt die Bezeichnung Reichstag. Die bisherige Ver-
fassung der Landesregierungen bei der Reichsregierung,
der Staatsauschuss hat aufgehört zu bestehen. An seine
Stelle tritt der Reichsrat.

Gleichzeitig erließ der Reichspräsident eine Ver-
ordnung, daß alle Beamten des Reiches, der Länder,
der Gemeinden, Kommunalverbände und der sonstigen
öffentlichen Anstalten sowie die Angehörigen der Wehr-
macht unverzüglich

auf die Reichsverfassung zu vereidigen

sind. Die Verordnung über die Vereidigung der
öffentlichen Beamten lautet:

Auf Grund des Art. 176 der Verfassung des Deut-
schen Reiches vom 21. Aug. 1919, Reichsgesetzblatt Seite
3383, wird verordnet. Alle öffentlichen Beamten und
Angehörigen der Wehrmacht sind unverzüglich auf die
Verfassung des Deutschen Reiches zu vereidigen, und
zwar leisten 1. die Reichsbeamten folgenden Eid: „Ich
schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Geheßen
und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“ 2.
alle übrigen öffentlichen Beamten leisten folgenden Eid:
„Ich schwöre Treue der Reichsverfassung.“ 3. Die An-
gehörigen der Wehrmacht leisten folgenden Eid: „Ich
schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich
als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine
gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit schützen und dem
Reichspräsidenten und meinem Vorgesetzten Gehorsam
leisten will.“

Art. 2: Die Landesregierungen können anstelle der
Eidesleistung nach Art 1 Ziffer 2 anordnen, daß in dem
Diensteid, den die Beamten nach dem Landesrecht zu
leisten haben, die Worte eingefügt werden: „Treue der
Reichsverfassung.“ Art 3: In der gleichen Weise sind
künftig alle neuernannten öffentlichen Beamten und alle
Angehörigen der Wehrmacht vor dem Dienstesintritt zu
vereidigen. Art 4: Die von den Beamten und den An-
gehörigen der Wehrmacht unterzeichneten Nachweise über
die Eidesleistung sind zu verahren.

Schwarzburg, den 11. Aug. 1919.

Der Reichspräsident (gez.) Ebert, Der Minister des
Innern (gez.) David.

Die Juwelen des Prinzen zu Wied.

mz. Berlin, 14. August. Die „Voss. Zeitung“
meldet aus Stockholm: Der Inhalt der bei Trelleborg
von einem deutschen Flugzeug abgeworfenen Kiste,
die aus Juwelen und Spitzen bestand, gehört, wie
nunmehr die Nachforschungen ergeben haben, nicht dem
König von Sachsen, sondern ist der Familienschatz des
früheren Fürsten von Albanien, der die Kostbarkeiten
ins neutrale Ausland bringen wollte. Der Bevoll-
mächtigte des Fürsten soll erklärt haben, daß der Prinz
der Meinung gewesen sei, die Sachen nach dem Ausland
bringen zu dürfen, da er Exterritorialität genieße.

Zur Friedensfrage.

Das Saargebiet.

Im Friedensauschuss des französischen Senats
sprach Senator Raynaud über die Friedensbeding-
ungen, betreffend das Saargebiet, und sagte, daß an-
genblicklich die militärische Befestigung im Saargebiet
gesehen sei, und daß ihre Anordnungen von der Be-
völkerung gebilligt würden. Wenn auch die Großin-
dustriellen dem Ausdeutungs ergeben seien, zeigten sie
dennoch keinerlei Feindseligkeiten gegen Frankreich. Die
Regierung werde im Saargebiet durch fünf Personen
verschiedener Nationalität ausgeübt; das sei ein Pro-
blem, von dem man nicht im voraus sagen könne, ob
es sich bewähren werde. Raynaud vertritt die Ansicht,
daß Frankreich im Saargebiet eine besondere wirt-
schaftliche Stellung einnehmen werde, die ihm jeden-
falls großen Einfluß sichere.

Die Schantungfrage.

Laut Pressebüro Radio forderte der Präsident der
amerikanisch-chinesischen Gesellschaft den amerikanischen
Senat auf, die Schantungsklausel im Friedensvertrag zu
streichen, da Japan, auch wenn es seine Truppen aus
Schantung zurückziehe, immer noch die Kontrolle über
die Gesellschaften und Bergwerke, sowie große wirt-
schaftliche Einrichtungen erhalte und damit sein Ziel
in China erreiche.

Die Lage in Ungarn.

Die Rolle des Erzherzogs Josef.

Gegenüber ausländischen Blätterstimmen, die zwar
die Wendung in Ungarn als einzig mögliche Lösung
bezeichnen, nichtdestoweniger aber unter dem Gesichts-
punkt der republikanischen Demokratie mit einer gewis-
sen Besorgnis ansetzen, da sie hinter dem Auftreten des

Erzherzogs Josef als Gouverneur Ungarns
monarchistische Bestrebungen befürchten, wünscht das
ungarische Korrespondenz-Bureau die wahre Bedeutung
des Unternehmens des Erzherzogs Josef durch Hin-
weis darauf klarzustellen, daß die vom Erzherzog Jo-
sef ernannte Regierung, erklärte, den Erzherzog Josef
als Gouverneur Ungarns anzuerkennen bis
die Nation die Staatsform Ungarns auf konstitutionel-
lem Wege festgelegt habe. Ferner hat der Erzherzog
im Amtsblatt der Regierung über die Bedeutung sei-
ner Aufgaben als Gouverneur eine amtliche Erklärung
abgegeben und auf Befragen erklärt, daß er nicht im
Interesse der Monarchie arbeite, sondern in der ge-
radezu trostlosen Lage Ungarns auf die von allen Sei-
ten an ihn gelangten Aufforderungen hin die Aufgabe
übernommen habe, bis zur Wahl der Nationalver-
sammlung die Tätigkeit zur Rettung des Vaterlandes zu
leiten und die freie unbefesselte Willensäußerung der
Nation zu sichern, damit sie durch die Vertretung auf
Grund des allgemeinen Wahlrechts selbst über ihre
Staatsform und über ihre Zukunft entscheide. Sobald
die Nationalversammlung zusammentrete, sei seine Tä-
tigkeit von selbst zu Ende. Die Entscheidung der Na-
tionalversammlung werde allen heilig sein.

Bela Kun wird bestraft.

Wie der Wiener „Neue Tag“ erfährt, hat die fran-
zösische Regierung durch ihre Wiener Mission der
deutsch-österreichischen Regierung eine Mitteilung zuge-
hen lassen, daß sie sie für die Person Bela Kuns
haftbar mache. Als Grund für diese Verfügung wurde
angegeben, daß der Verband entschlossen sei, Bela Kun
für das Verbrechen und die Gewalttaten, die während
der Herrschaft der Räteregierung in Ungarn verübt
worden sind, zur Verantwortung zu ziehen.

Ein ungarisches Nationalheer.

Kriegsminister Schönerer erklärt einen Aufruf zur
Organisation eines Nationalheeres, das von gesundem
Geiste durchdrungen sein müsse. Aus diesem Grunde
wird den Soldaten das Politisieren untersagt und das
vor der Oktober-Revolution gültige Dienst-Reglement
wieder eingesetzt.

Dementis.

Wi: die Wiener Blätter melden, wird von kompe-
tenter Seite erklärt, daß von französischer Seite kein
wie auch immer gearteter Schritt gemacht wurde oder
gemacht werden wird zur Wiederherstellung der Monar-
chie in Ungarn oder Österreich. Die demokratische Re-
gierung der französischen Republik erachte es als eine
ihrer ersten Pflichten, sich weder direkt noch indirekt in
irgend welche politische Fragen oder Regierungsformen
anderer Staaten zu mengen.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— * In den amtlichen Druckfachen des Weimarer
Parlaments ist die Bezeichnung Nationalver-
sammlung verschunden und an ihre Stelle
die Bezeichnung Reichstag getreten. Die neue Verfas-
sung, die seit ihrer Verkündung im „Reichs-Anzeiger“
Geltungskraft gewonnen hat, kennt bekanntlich nur
einen Reichstag.

— * Präsident Fehrenbach entwickelte im Laufe
der Dienstag-Sitzung des Reichstages seinen Ar-
beitsplan für die nächsten Tage, bei dessen Innehaltung
es möglich sein wird, die Arbeiten des Reichstages in
Weimar am Mittwoch, den 20. August zum Ab-
schluß zu bringen.

— * Der bayerische Landtag nahm die
neue Verfassung für den Freistaat Bayern in nament-
licher Abstimmung mit 165 gegen 3 Stimmen der Un-
abhängigen und einer Enthaltung an. Die Ab-
änderungsanträge der Sozialisten auf Wiederherstellung
der Regierungsdiktatur bezüglich der gänzlichen Abschaf-
fung des Adels wurde abgelehnt. Die Adelsnamen
bleiben also in Bayern erhalten.

— * Der Ausschuss für soziale Politik hielt eine
Beratung über die künftige Ausgestaltung der Reichs-
versicherungsordnung ab. Der Vertreter
des Reichsarbeitsministeriums erklärte, daß eine Ver-
ordnung vorbereitet würde, wonach die bisherigen
Rentenzuschüsse von acht Mark auf zwanzig Mark mo-
natlich und für Witwenrentnerinnen von vier auf zehn
Mark erhöht werden soll.

— * Nach einer Mitteilung des bayerischen Finanz-
ministers trägt sich Reichsfinanzminister Erzberger
mit dem Gedanken, bei der Reichseinkommensteuer die
Beträge von Lohn und Gehalt durch das Markieren

ist ihm zu erheben, und zwar aus dem Grund, um so die Abgaben möglichst an der Quelle zu erfassen und Steuerhinterziehungen zu begegnen. Die Schwierigkeiten der Steuererhebung durch das Markensystem, die trotz mancher Vorteile für den Steuerpflichtigen entgegenstehen, beruhen darauf, daß verschiedene Lohn- und Gehaltsempfänger noch andere Einnahmen aus Kapital, Grundbesitz u. dergleichen aus dem steuerpflichtigen Abgaben müßte natürlich beim Rentenamt eingezogen bzw. bei diesem Amt bezahlt werden. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß das Markensystem kommt.

Allerlei Nachrichten.

Die vlämische Bewegung.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet der Brüsseler „Soir“, daß die vlämische Bewegung in Ostflandern immer mehr um sich greift und sogar die Geistlichkeit die Bewegung unterstützt. Die bischöflichen Kollegen seien der Mittelpunkt der vlämischen Bewegung. Das Geld zur Unterstützung der Bewegung soll, dem „Soir“ zufolge, aus den Niederlanden kommen.

Die belgischen Verluste.

Nach einer offiziellen Meldung aus Brüssel verlor die belgische Armee während des Krieges an Toten 982 Offiziere und 29 600 Mann. Im ganzen hatte Belgien 365 000 Mann und 14 000 Offiziere mobilisiert.

Der lettische Volksrat.

Der lettische Volksrat, der am 11. August eröffnet wurde, hat eine Reihe von Gesetzentwürfen zu verabschieden, die für das Schicksal Lettlands von maßgebender Bedeutung sind — Die Volkswirtschaften haben den Übergang über den Lugafluß erzogen. Eröffnete Kämpfe finden weislich des Jaus-les statt.

Kleine Meldungen.

Königsberg. Nordkurland ist bis zur Linie Angern—Jenen—Kadian—Banan—Kormen—Durb—Schunden von den deutschen Truppen geräumt.

Malmédy. Die belgischen Truppen haben die Stadt Malmédy besetzt.

Versailles. Nach den Morgenblättern wird die Zensur für Telegramme in Frankreich am 17. August um Mitternacht aufgehoben.

Bern. Wie der „Secolo“ aus Paris erfährt, soll die griechisch-italienische Verständigung vollendete Tatsache und von großer Bedeutung sein.

Bern. Wie der „Matin“ aus Straßburg meldet, haben die dortigen Post-, Eisenbahn- und anderen Staatsbeamten beschlossen, sich nicht den allgemeinen kanonischen Gewerkschaften anzuschließen.

1797 und 1919.

Daß im Kreislauf der Dinge alles einmal wiederkehrt, mag eine Lesefrucht aus Goethe erheben. Als Goethe im Jahre 1797 auf einer Reise nach der Schweiz sein geliebtes Frankfurt wieder sah, schrieb er über das bei ähnlichen Zeitverhältnissen wie den heutigen vorgefundene Leben und Treiben zuerst mehr allgemein: „Das Publikum lebt in einem beständigen Lärm von Erwerben und Verzehren, und das, was wir Stin- gung nennen, läßt sich wieder hervorbringen noch mit- teln; alle Vergnügungen, selbst das Theater, sollen nur zerstreuen, und die große Neigung des leben- den Publikums zu Journalen und Romanen entsteht von daher, weil jene immer und diese meist zerstreuen.“

Note Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

90) (Nachdruck verboten.)

„Es wird sich um Waldow handeln“, sagte sie dann. „Du entschuldigst mich, Gerlinde. Und nichts für ungut wegen meiner Worte.“

Die Gräfin schüttelte den Kopf.

„Lass gut sein, Josta. Man ist manchmal in der Stimmung, Torheiten zu denken und zu reden.“

Als Josta jedoch das Zimmer verlassen hatte, sprang die Gräfin auf und drückte die Hände auf Herz.

„Ja — warum ist er an mir vorbei gegangen — warum? — Wenn du ahntest, wie oft ich mich das in bitterer Qual schon selbst gefragt habe“, dachte sie.

Und grübelnd schritt sie auf und nieder.

Klang nicht die Sehnsucht nach Befreiung aus Jostas Worten?

„Wenn ich nur einmal in ihrer Seele lesen könnte, wenn sie nur gar nicht so verschlossen wäre! Nur Gewissheit möchte ich haben, ob sie Henning liebt! Ich glaube es — aber ich muß Gewissheit haben. Nur einen einzigen Blick in ihr Tagebuch — dann wäre mir geholfen. Ich könnte den Schreibstisch zertrümmern, der dieses Tagebuch vor mir birgt.“

Und wie so oft schon trieb es sie zu Jostas Schreibtisch. Da Josta in Rainers Zimmer war, konnte sie ungestört nach dem Geheimfach sehen. Seit Wochen hatte sie keine Gelegenheit dazu gehabt.

Und als sie vor dem Schreibtisch stand und das Fach öffnete, sah sie das zusammengefaltete Briefblatt liegen.

Hastig griff sie danach, entfaltete es und las: „Komme nicht wieder hierher, man wird dich sonst entdecken, trotz aller Vorsicht.“

Sie sah sofort, daß es Hennings Handschrift war. Und es fiel ihr gar nicht ein, dies Schreiben auf sich zu beziehen. Sie deutete sich dies Briefblatt und

„In die Verteilung bringen.“ Über die Verteilung der Vermittlung Goethe am 8. August: „In Frankfurt ist alles tätig und lebhaft, und das vielfache Unglück scheint nur einen allgemeinen Leichtsinn bewirkt zu haben. Die Millionen Kriegskontribution, die man im vorigen Jahre den vorgeführten Franzosen hin- gegeben mußte, sind, wie die Not jener Augenblicke, ver- gessen, und jedermann findet es äußerst unangenehm, daß er nun zu den Interessen und Abzahlungen auch das seinige beitragen soll. Ein jeder beklagt sich über die äußerste Teuerung und fährt doch fort, Geld auszuge- ben und den Luxus zu vermehren, über den er sich beschwert. Doch habe ich auch schon einige wunderliche und unerwartete Ausnahmen bemerken können.“ Einige Tage später, am 19. August, schreibt Goethe über die große Spielerei: „Diese Sache gehört mit unter die Begleiter des Krieges, denn sie verbreitet sich am ge- waltigsten zu den Zeiten, wo großes Glück und Unglück auf der allgemeinen Waagschale liegt, wenn die Glücksgüter ungewiß werden, und der Gang der öffent- lichen Angelegenheiten schnellen Gewinn und Verlust auch für Fortschritt erwarten läßt. (Beiläufig bemerkt, war zur damaligen Zeit der Kriegszustand noch vor- handen.) Es ist fast in allen Wirtschaften gespielt wor- den, außer im roten Hause. Eine Bank hat für einen einzigen Monat nur fürs Zimmer 70 Karolin bezahlt, und einige Bankhalter haben für die Pointeurs Früh- stück und Abendessen aufs anständigste auftragen lassen. Jetzt, da man nach und nach von Seiten des Rats die- sem Uebel zu steuern sucht, denken die Liebhaber auf andere Auswege. Auf dem Sandhof, auf deutsch-herli- chem Grund und Boden, hat man eine kostbare Anzahl in einer neuen Wirtschaft errichtet, die gestern mit 130 Kurwerts eröffnet wurde. Die Möbel sind aus der her- zoglich weisbräutlichen Kuchin, die ganze Einrichtung soll überhaupt sehr elegant sein. Dabei ist alles zu- letzt aufs Spielen angefallen.“ Indem Goethe noch dem wahren Teil der Bürger, der vordem sein bares Geld, sein Silbergeschirr, seine Münztabatier und was sonst noch an edelm Metall vorrätig war, freiwillig hingab, „in Hof gespendet, die persönlichen Leiden der aus- der Stadt weggeführten Geiseln“ gestreift und den „ego- istischen, flüchtigen Teil der Reichen“ an den Pranger gestellt hat, führt er schließlich noch folgendes aus: „Das Hauptinteresse sollte eigentlich gegenwärtig für die Frankfurter die Wiederbezahlung ihrer Kriegsschul- den und die einstweilige Verrentierung derselben sein; da aber die Gefahr vorbei ist, haben wenige Lust, tätig mitzuwirken, vielmehr der Rat in einer unange- nehmen Lage ist, denn jede Art von neuer Abgabe drückt irgendwohin, und unter den hundert und mehr Men- schen, die mitzusprechen haben, findet sich immer der eine oder andere, der die Last von seiner Seite wegzuziehen will.“

Die Nationalversammlung.

Weimar, 11. August.

Am Regierungstisch: Erzberger, Schmidt. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Grundwertschätzungsgesetzes.

§ 1 hat nach den Beschlüssen des Ausschusses fol- gende Fassung erhalten: Beim Uebergang des Eigen- tums an unbeweglichen Grundstücken wird eine Grund- werbesteuer erhoben. Dem Uebergang des Eigentums steht gleich der Erwerb von herrenlosen Grundstücken. Dieser Fassung entsprechend ist auch die Ueberschrift geändert worden in: Entwurf eines Grundwerbesteuergesetzes.

Abg. Solmann (Soy.): Annehmbar ist für uns der Entwurf nur unter der Bedingung, daß bei aller Rücksichtnahme auf die Finanznot des Reiches auch die Finanznot der Gemeinden nicht außer Acht gelassen wird.

Abg. Ende (U. S.): Für uns wiegt das Be-

seinen Inhalt ganz anders, so, wie sie es im Herzen wünschte. Es erschien ihr nun gewiß, daß zwischen Henning und Josta schon ein geheimes Einverständnis herrschte. Sie liebten einander und hatten sich wahr- scheinlich irgendwo getroffen, wo sie sich unbelaußt wußten. Henning hatte dann aber wohl annehmen müssen, daß man sie doch belauschen könne, und da er keine andere Gelegenheit fand, Josta zu warnen, schrieb er ihr diese Worte auf und steckte ihr das Billet heimlich zu. Josta hatte sich nicht davon zu trennen vermocht und barg es nun hier in dem Geheimfach.

So erklärte sich Gerlinde dies Schreiben. Ihre Augen flammten auf. Das war für sie eine köstliche Entdeckung. Sie glaubte sich ihrem Ziele ganz nahe. Vielleicht hätte die Entscheidung schon während Hen- nings letztem Hiersein fallen können, wenn der Trauer- fall nicht dazwischen gekommen wäre. Aber nun war sie wenigstens sicher, daß sie ihr Ziel erreichte. Wenn Henning Weihnacht wiederkam, dann würde sich alles nach Wunsch regeln lassen, dafür wollte sie schon sorgen.

Nur ungern trennte sie sich von diesem Brief- blatt und legte es an seinen Platz zurück. Sie achtete in ihrer Erregung gar nicht darauf, ob es genau auch wieder so lag, wie es gelegen hatte. Und so erhielt Josta noch an demselben Abend davon Kenntnis, daß eine fremde Hand dies Blatt berührt hatte. Daß es Gerlindes Hand gewesen, bezweifelte sie nicht.

Aber diese Gewissheit regte sie jetzt weniger auf, als sie zuvor gedacht hatte, weil sie jetzt zu wissen glaubte, warum Gerlinde sich zu solchem Tun erniedrigte. Und sie mußte sie noch viel mehr bemitleiden, als verachten.

Als Josta, nachdem sie Gerlinde verlassen hatte, in das Arbeitszimmer ihres Vaters trat, kam er ihr mit ernstem Gesicht entgegen. Sie sah fragend zu ihm auf und bemerkte, wie jetzt schon oft, daß er blaß und abgepannt aussah, so, als fühle er sich nicht wohl. Zu fragen wagte sie aber nicht mehr nach seinem Ergehen, seit er ihr nervös und ausweichend geant- wortet hatte; sie möge nicht darauf achten, er sei

denen, daß die Grundwerbesteuer auf die Mieter an- gewandt werden wird, schwer genug, um das ganze Ge- schäft abzuleben.

Abg. B. A. B. (Dem.): Der Entwurf scheint uns überhaupt nur unter dem Gesichtspunkt annehmbar, daß das Reich in seiner Kollage ungeheure Einnahmen braucht.

Abg. B. d. e. (D. V.): Wir stimmen dem Entwurf zu, aber mit schwerem Herzen. Wir können uns von der Befürchtung nicht frei halten, daß der Umsatz durch eine so hohe Stempelbelastung sehr beeinträchtigt werden kann und andererseits der hohe Satz die Wirtschaft hochtreiben kann.

Abg. B. d. e. (D. Nat.): Unser Hauptbedenken richtet sich gegen die Höhe der Steuer und die Be- teiligung der Gemeinden. Wir verlangen, daß der Gemeinden auch fernerhin wenigstens ein fester Anteil an dem Ertrag gewährleistet wird.

Geh. Rat P. a. p. i. g. erwidert, daß über diese Frage im Rahmen der Reichsabgabendeckung zu verhandeln sein werde.

Die Paragraphen 1 bis 6 werden hierauf in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Eine lange Debatte knüpft sich dann an einen de- mokratischen Antrag, der eine Ermäßigung der Steuer bis zur Hälfte wünscht, wenn der steuerpflichtige Sa- tag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mark und bei unbebauten 5000 Mark nicht übersteigt. Gegen diesen Antrag spricht sich der Reichsfinanzminister aus mit dem Hinweis, daß, wenn bei der Umsatzsteuer etwas ge- stiegen würde, die Reichsfinanzminister erhöht werden müßte. Die Finanzgesetze müßten so, wie sie vorliegen, verabschiedet werden. Die Anträge seien auch teilweise undurchführbar.

Nachdem ein Redner der Deutschen Fraktion den Versuch gemacht hatte, dem Antrag soziale Tendenzen nachzutreiben, sprach sich der Redner des Zentrums Abg. B. d. e. gegen die vorliegenden Anträge aus. Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Antrag der Demokraten abgelehnt und der § 7 unverändert an- genommen.

Bei § 8, der auch die im Besitz der sogenannten Toten Hand befindlichen Grundstücke in das Gesetz einbezieht, erklärte Minister Erzberger, daß eine Vorlage über die einheitliche Regelung der Be- steuerung der Toten Hand in der Ausarbeitung sei im Herbst an die Nationalversammlung gelangen wird. Ein Hinweis von demokratischer Seite gestellter Antrag mit Rücksicht auf die Erklärung des Ministers den § zu streichen, wird mit knapper Mehrheit abgelehnt.

Der § 16 der Vorlage setzt die Besteuerung auf vier Prozent fest. Ein Antrag der Deutschnationalen will sie auf drei Prozent ermäßigen. Minister Erz- berger bekämpft diesen Antrag mit der Begrün- dung, daß bei seiner Annahme der Steuerertrag um ein Viertel vermindert werden würde. Daraufhin wird der § 16 unverändert angenommen, ebenso § 18, für den gewerbmäßigen Grundstücksandel die Steuer um zwei Prozent höher ansteht. Alle weiteren Para- graphen bis Paragraph 37 werden ebenfalls erledigt. Nach § 38 erhält von dem Ertrag der Steuer das Reich die Hälfte, während über die Verwendung in anderen Teilen die Landesregierung bestimmt. § 39 bestimmt, daß den Gemeinden unter allen Umständen bis zum 31. März 1925 der bisherige Durchschnitts- ertrag nach den Kleinrenten der letzten drei Jahre ge- legt werden soll. Bei § 40 (Ausführungsbestimmun- gen) sagt Minister Erzberger zu, daß bei Erlass der Ausführungsbestimmungen der Stichtag zugezogen werden soll. In der weiteren Debatte wird ein An- trag in § 41 die Bestimmung, die den Einzelstaaten den Gemeinden die Möglichkeit gibt, in der Ueberre- chnung gewisse Erleichterungen oder Befreiungen wieder- herzustellen, angenommen.

nur mit Geschäften überhäuft und werde sich im Winter schon wieder erholen.

Er faßte jetzt ihre Hand und führte sie zu einem Sessel.

„Ich habe dich hierher bitten lassen, meine liebe Josta, weil wir in deinem Zimmer nicht sicher vor von Gerlinde gestört zu werden. Und was ich jetzt mit dir zu sprechen habe, duldet keine Störung“, sagte er ernst.

Sie ließ sich in den Sessel nieder.

„Bitte sprich Rainer, was hast du mir zu sagen?“

Er nahm ihr gegenüber Platz.

„Es handelt sich um den Brief, den dir dein Vater hinterlassen hat. Du hast mich schon einige Male danach gefragt, aber ich wollte, daß du erst etwas ruhiger wärdest. Nun ist es aber wohl an der Zeit, daß du von diesem Briefe Kenntnis erhältst. Hier ist er. Bitte, lies ihn durch, so ruhig du kannst. Dann wollen wir weiter darüber sprechen.“

Josta griff mit unsicherer Hand nach diesem Schrei- ben. Rainer war so feierlich.

„Ich weiß nicht, Rainer, mir ist so bange“, sagte sie leise.

Er strich ihr väterlich sanft über das Haar.

„Ich bin ja bei dir, meine kleine Josta?“

Jostas Lippen zuckten. Ach, daß sie doch immer nichts weiter für ihn war, als seine kleine Josta! Es war kein Zweifel. Rainer betrachtete immer noch wie ein Kind, und sie sehnte sich so danach, als vollwertiger Mensch neben ihm zu stehen. Langsam öffnete sie das versiegelte Schreiben und las:

„Meine innigstgeliebte Josta, mein Herzenskind! Wenn du dieses Schreiben in deinen Händen hältst, weile ich nicht mehr unter den Lebenden, und wenn du es gelesen hast, wirst du wissen, daß es auch in mein Leben einen Punkt gab, wo ich feig war.“

(Fortsetzung folgt.)

(Nachmittagssitzung.)

Abg. Weglich übt scharfe Kritik an dem Entwurf und an der Arbeit der Regierungsmehrheit, der er vorwirft, daß sie Gesehe in unverantwortlicher Weise beschließt. Die Vanderole lehne er ab.

Abg. Schlüter (Soz.) antwortete dem Vorredner und erklärte, das Gesetz sei nicht leichtfertig zu bekommen, sondern von der Industrie und den Gewerkschaften mit ausgearbeitet worden. Für die Verwirklichung der Zigarettenindustrie fehle noch jede Grundlage. Die Vanderole liege sowohl im Interesse der Konsumenten wie in dem der Arbeiter. Seine Partei wolle sich die endgültige Stellungnahme zu dem Entwurf vorbehalten und mache sie von der Gestaltung der Verhältnisse abhängig.

Hg. Raute (U. S.) hält es für richtiger, die
Warenindustrie zu verstaatlichen. Die der Handels-
gesellschaften Vorteile könne er nicht anerkennen. Der
Vertrag lehnt die Vorlage ab.

Hg. R u s s l e (Dem.): Die Industrie ist bereit, auch ihrerseits Opfermüt zu beweisen, auf den Boden der Vorlage zu treten. Im übrigen ist meine Parteil, unter dem Druck der Zeit und der Not in die Steuern zu bewilligen.

Paragraph 3, der von der Verwendung und Verwendung von Tabakerzeugnissen handelt und der u. a. bestimmt, daß Tabakerzeugnisse nur nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministeriums verwendet werden dürfen, wird nach kurzer Debatte angenommen, desgleichen der Paragraph 4. Paragraph 5, der die Steuerbefreiung behandelt, wird unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge in der Ausschussfassung mit großer Mehrheit angenommen. Das Gesetz wird darauf ohne weitere Debatte angenommen.

Präsident Nehrenbach schlägt vor, die Verhandlung auf morgen nachmittag 3 Uhr zu vertagen und den Rest der heutigen Tagesordnung unter Einfügung des Umsatzsteuergesetzes zu erledigen.

Bei der Abstimmung werden für den Vorschlag des Präsidenten 103, gegen ihn 85 Stimmen abgegeben.

Nächste Sitzung findet morgen nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Anfragen, Rest der heutigen Tagesordnung: Umsatzsteuer.
Schluß 8 30 Uhr

Beimar, 12. Aug.

Der Reichstag begann heute die erste Beratung der neuen Finanzgesetze.

Reichsfinanzminister Erzberger leitete die Debatte durch eine große Rede ein. Der Minister führte aus: „Das Haus und das deutsche Volk haben Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören. Was muß und wie wird es werden? Was ist die größte Finanzangst, das die Welt je zu sehen bekommen hat? Was muß? Baldige Ordnung des gesamten Finanzwesens in Reich, Ländern und Gemeinden und Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen. Wie soll es werden? Wir müssen Abschied nehmen von manchem alten Liebesgewonnenen, ein durchdachtes Steuersystem aufbauen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen. Gewissenhaftigkeit auf der einen Seite, Gewissenhaftigkeit auf der anderen Seite. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Ordnung und Möglichkeit, daß das deutsche Volk erhalten bleibt und vor dem schwersten Unglück, dem Staatsbankrott, der hier ein Volksbankrott ist bewahrt wird. Der Redner gibt dann einen Überblick über die Verhältnisse, wie sie sich in Deutschland von 1913 bis 1918 entwickelt hat. Die ungeheuerlichen Zahlen rufen mehr Bewegung und das Hört! hört! auf allen Seiten herauf hervor. Der Minister tritt für beschleunigte Schaffung einer deutschen Handelsflotte in engster Zusammenarbeit mit den bisherigen Schiffsahrtsgesellschaften ein und kündigt eine Vorlage an, um den Ausländern mit Reichsvorschüssen zu Hilfe zu kommen. Milliarden neue Steuern müssen aufgebracht werden. Seit dem Weltkrieg ist eine Milliarden-Buchholzmenge der Rassen gekommen. Das höchste Maß, welches im Kriegsjahr an Anleihen aufgebracht hat, war 2 Milliarden. Dieses höchste Maß muß jetzt das Volk für Jahr an Steuern aufbringen, um zu genügen. Von einem Staatsbankrott würden die untersten Schichten des Volkes am allerbittersten getroffen werden. Bei einem vollenblütigen Staatsbankrott würden gerade Drittel des gesamten Privatvermögens vernichtet werden und die Wirtschaftsmaschine zum Stillstand kommen, und das armeelende Deutschland würde hungern.

Ich werde nicht rasen, um am 1. Oktober ein geordnetes Bild vorzulegen. Ich habe den Ressortministern schwer dazum zu kämpfen, besonders mit dem Kriegsministerium. Regierung und Parlament müssen mit Hochdruck arbeiten, um Ordnung aus dem Chaos der Liquidation des zusammengebrochenen Kriegsunternehmens zu bringen. Die Liquidation muß möglichst bald abgewickelt werden. Wir haben an dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen, denen wir mit allen verfügbaren Mitteln nachzugehen haben. Die Lösung des Problems ist getrübt durch das Wort: Arbeit im Dienste des Gemeinwohls. Die Hauptsache gilt es, die schwebenden Schulden zu beseitigen oder herabzumindern. Früher als sie vielleicht einsehbar beizulegen waren, waren das schon schwere Sorgen für die Finanzverwaltung. Heute sind es 46 Milliarden. Jede Vermehrung der schwebenden Schuld muß ausgeschlossen sein, also Schaffung neuer Einnahmen. Wir werden schwebende Schuld machen mit mehr als 90 Milliarden Kriessanleihe. Die 90 Milliarden

den Kriegssammler kann mit Niemand lindigen, er brauche ich nur zu verzinsen. Wohl aber besteht auf der anderen Seite die Gefahr daß, je schneller unser Wirtschaftsleben in Gang kommt, die Depositengelder aus den Banken und Sparkassen abtreiben und dann bleibe noch ein Ausweg übrig: Tag- und Nachtsicht in der Reichsbankdirektori zur Herstellung von Banknoten. Dann aber würde der Zeitpunkt bald da sein, wo die Mark vielleicht nur noch 10 Pfennig Wert hat. Es müssen Maßregeln ergriffen werden gegen die Kapitalflucht. Es sind Tatsachen an die Öffentlichkeit gekommen, die leider den schlimmsten Befürchtungen auf diesem Gebiete Recht geben. In jedem Falle werden die Maßnahmen hart, sehr hart werden. Sie werden vor keinem Kassenschrantke im In- oder Auslande Halt machen. Die bis jetzt in zweier Lesung verabschiedeten Steuergesetze und die noch zu verabschiedende Erbschaftsteuer werden ungefähr 8 Milliarden Mark bringen. Es müssen aber 25 Milliarden Mark beschafft werden. Dazu sollen in erster Linie die Einnahmen aus dem Reichsnotopfer, aus der Umsatzsteuer und der großen Reichseinkommensteuer dienen. Aber auch, wenn die Säge zum höchsten Maße angespannt werden, so werden sie noch nicht ausreichen und deshalb müssen neue Wege beschritten werden. Eher gehört die Erhöhung der Postgebühren. In Vorbereitung ist ferner ein Gesetzentwurf über die Besteuerung der Mineralöle. Alles hängt allerdings davon ab, ob die Säge der Reichseinkommensteuer und der Umsatzsteuer im wesentlichen unverändert angenommen werden. Jeder Abstrich würde zu neuen Steuerentwürfen zwingen, während man sonst vertrauen darf, daß dann neue Steuerentwürfe nicht mehr erforderlich sein werden. Das große Vermögensopfer ist der erste Schritt zur Reichsfinanzreform. In finanzpolitischer Hinsicht bietet das Reichsnotopfer die Möglichkeit zur Verabmilderung der schwebenden Schuld und damit zur Beseitigung der Papiermishwirtschaft, und vermindert die ungeheuren Lajsen des Zinsdienstes. Sie bringt eine größere Stabilität in die Reichseinnahmen. Wenn die breiten Massen sehen, daß die finanzkräftigen Kreise bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet werden, dann wird auch moralisch der Weg frei zu indirekten Steuern. Die Umsatzsteuer begegnet vielfachen Bedenken, es sind aber so viele Milliarden zu decken, daß wir nur mit einem Steuersystem auskommen, in welchem neben den direkten auch die indirekten Steuern nicht fehlen. Die bestehende Umsatzsteuer wird ausgebaut werden. Jeder Verbrauch muß stärker belastet werden. Die Reichsabgabenordnung schlägt in den Artikeln 8 bis 50 eine Reichsorganisation der Steuerverwaltung vor, die unbedingt noch vor den Ferien erledigt werden muß. Mit der Durchführung der reichseigenen Steuerorganisation wird der größte Schritt zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates getan. Die Einzelstaaten haben mit anerkenntniswerter Bereitwilligkeit das schwere Opfer des Verichts auf die eigene Steuerverwaltung gebracht. Das Opfer wird sich für beide Teile lohnen. Auf die selbständige Existenz der Einzelstaaten wird ebenso wie auf die der Kommunen die weitestgehende Rücksicht genommen werden. Alle Befürchtungen daß ihnen die freie Bewegung unmöglich gemacht werden würde, sind unbegründet. Um die Steuergesetze zu den in Aussicht genommenen Terminen in Kraft treten zu lassen, ist es notwendig, die gesamte Steuerreform mit der Steuerorganisation und dem Steuerrecht noch im Laufe des Jrs. zu verabschieden und damit ein Werk zu schaffen, das an Bedeutung hinter der Reichsverfassung nicht zurücksteht, aber auch dem deutschen Volke zum Segen gereichen wird. (Lebt, Weisall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr verlag. — Schluß 7.30 Uhr.

Locales und Provinzielles.

Eschierstein, den 14. August 1919.

**** Lebensmittelausgabe.** Eine Reihe besonders beehrter und lange verminderter Lebensmittel gelangt in den letzten Tagen der laufenden Woche zur Verteilung. Außer dem schon vorausgabten Gefirnnehl erhält jede versorgungsberechtigte Person 125 Gr. Reis und 250 Gr. Weizenmehl. Die Karloffelberkaufsstellen haben für jeden Versorgungsberechtigten 3 Pfund Karloffeln à 20 Pfg. zu verabreichen. 125 Gr. Speck zum Preise von Mk. 4.50 das Pfund kommen in der Wehgereten zum Verkauf und schließlich gelangen am Samstag dänische Eier, das Stück zu 85 Pfg., solange der Vorrat reicht, zur Ausgabe. Wir verweisen auf die diesbezügl. amtlichen Bekannlmachungen.

** Die Störung in der Elektrischen Strom-
zuteilung ist soweit behoben, daß der volle Betrieb seit
gestern wieder aufgenommen wurde. Die Rheingauwerke
verständigen uns hierüber wie folgt:

Der Ordnung halber benachrichtigen wir Sie, daß es uns durch Tag- und Nacharbeit gelungen ist, die an den Schaufeln beschädigte Dampfturbine soweit wieder herzustellen, daß sie gestern in Betrieb genommen werden konnte. Die 2. Turbine, welche durch die Drahteinwürfe beschädigt wurde, muß jedoch zur Instandsetzung nach Berlin gefahren werden. Wir haben also z. Bt. für den Betrieb nur eine Turbine und als Reserve die Kolben-Dampfmaschinen. Wir hoffen, daß es uns möglich sein wird, mit diesen beiden Maschinen-Gruppen bis zur Rücklieferung der 2. Turbine den Betrieb voll aufrecht erhalten zu können, versehen jedoch nicht, bereits heute schon zu bemerken, daß uns von der amtlichen Kohlenverteilungsstelle mitgeteilt wurde, daß wir für den kommenden Monat nur die Hälfte der uns zustehenden Kohlen erhalten sollen. Es muß also damit gerechnet werden, daß in nächster Zeit wegen Kohlen-Knappheit Einschränkungen erfolgen werden“.

** Der Apell der demobilisierten Mannschaften findet nach einer Verfügung des kommandierenden Generals der 10. Armee nicht mehr statt.

„ Das Kreiswohlfahrts-Amt ist eine Neu-Gründung des Herrn Landrat Schill, deren Aufgabe es sein soll, das Gebiet der sozialen Fürsorge im weitgehendstem Maße zu umfassen. Das Landratsamt

* Was kostet heute eine Kleinwohnung?

Ueber diese gewiß die weitesten Volkskreise interessierende Frage gibt ein Kostenvoranschlag Aufschluß, den kürzlich die Kreisbauinspektion zu Groß-Gerau auf Ersuchen der letzteren Stadt gelegentlich des dort projektierten Kleinwohnungsbaus aufstellte. Der Voranschlag sieht 4 verschiedene Bautypen vor, von denen jeder je 2 Wohnungen bestehend aus Wohnküche und zwei Zimmern, enthält und als vierten Bautyp ein Doppelhaus mit 4 Wohnungen von derselben Größe. Bei Herstellung von 6 Wohnhäusern zu je 2 Wohnungen würden sich die Baukosten pro Haus auf rund 34,000 Mark stellen, bei dem Doppelhaus mit insgesamt vier Wohnungen auf 61,850 M. In jedem Fall würde sich also die Zweizimmerwohnung mit Wohnküche auf je rund 15,500—17,000 M. stellen. Daß die Gemeinden angesichts solcher enormen Kosten es sich gründlich überlegen, ehe sie an den Bau von solchen Kleinwohnungen herantreten, dürfte wohl jedermann begreiflich finden. Daß solche Wohnungen aber auch trotz der Baubeihilfen seitens der Gemeinden, des Staats und des Reichs für den Winter noch immer recht teuer zu stehen kommen müssen, leuchtet auch jedem Unbefangenen sofort ein.

* Briefe nach Amerika. Für gewöhnliche Briefe und Postkarten nach den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen zur Zeit folgende Beförderungsgelegenheiten: 1. jeden Dienstag und Freitag von Kopenhagen über Hull, 2. am 13., 24., 31. August und 12. September von Kopenhagen über Christiania ohne Anlaufen weiterer Häfen mit dänischen Schiffen, 3. jeden Montag, Mittwoch und Freitag von den Niederlanden über Flessingue, 4. am 16. August, 6. und 27. September und 18. Oktober von Christiania über Großbritannien mit norwegischen Schiffen, 5. Mitte August von Solzburg unmittelbar nach Newyork, 6. über Le Havre, Postabgang von Genf jeden Montag 4. 5. Zu 1. und 3. Weiterbeförderung von Großbritannien nach Amerika mit britischen Schiffen. Sendungen ohne Zeitvermerk werden den dänischen Schiffen (zu 2) zugeführt. Wunsch der Absender die Beförderung mit anderen Schiffen, so sind die Sendungen mit dem Zeitvermerk „über Kopenhagen-Hull“ oder „über Niederland“ oder „über Christiania mit norwegischen Schiffen“ oder „über Solzburg“ oder „über Frankreich“ zu versehen. Ob die über Großbritannien und Frankreich gehenden Sendungen in diesen Ländern noch der Zensur unterliegen und wann sie von dort weiterbefördert werden, ist nicht bekannt.

* Die Schornsteinfegergebühren im Landkreis Wiesbaden werden vom Landratsamt mit Wirkung vom 18. August ab erhöht, so daß künftig für einen einstöckigen Kamin 30 Pfg. zu zahlen sind und für jeden weiteren Stock 10 Pfg. mehr. Das Ausbrennen kostet für einen Stock 75 Pfg., jeder weitere Stock 10 Pfg. mehr.

* Der neue Regierungspräsident. Der Regierungspräsident Dr. Momm von Trier sollte nach Wiesbaden versetzt werden. Diese Meldung scheint sich nicht zu bestätigen, vielmehr verlautet neuerdings, daß Herr Oberpräsidentialrat Dr. Brand in Koblenz zum Regierungspräsidenten für Wiesbaden ernannt werden soll.

Wiesbaden, 10. Aug. Der neue Regierungspräsident. Wie wir vernehmen, wird der Oberpräzialrat Brandl in Coblenz, der früher Landrat des Kreises Essen-Land war, als Regierungs-Präsident für den Regierungsbezirk Wiesbaden genannt. In der That ist auch bei der Regierung bekannt, daß nunmehr Herr Oberpräzialrat Brandl als Präsident für den Regierungsbezirk Wiesbaden ausersehen ist, indeß ist eine amtliche Meldung von seiner Ernennung noch nicht eingetroffen.

* Trajektverkehr Freiweihheim-Mittelheim. Werte Kreise dürfte es sicher interessieren, daß seit einigen Tagen an der hiesigen Rheinüberfahrt wieder ein Motorboot eingestellt ist. Der Uebernehmer der Fahrt hat nämlich ein neues Boot „Adels“ täuschlich erworben und wird nun mittelst desselben an verkehrsreichen Tagen vorab Sonntags, die Ueberfahrt bewerkstelligen. Das Boot hat einen sehr flotten Lauf und erreicht in 5 Minuten das andere Ufer, während die Rachenüberfahrt mindestens zwanzig Minuten dauert.

Öffentliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Krankenbutter.

Die Ausgabe von Krankenduller erfolgt Freitag, den 15. August, von 8—9 Uhr gegen Vorzeigung der kreisärztlichen Atteste auf Zimmer 4 im Rathhause.

Betr. Ausgabe von Kartoffeln.

In den Kartoffel-Verkaufsstellen kommen voraus-
sichtlich am Samstag pro Person der Versorgungsberechtigten 3 Pfund Kartoffeln pro Pfund zum Preise von 20 Pfennig zur Ausgabe.

Betr. Ausgabe von Spect.

In den Mehlgereien kommt für die Fleischversorgungsberechtigte Beodöherung 125. Gramm Speck zum Preise pro Pfund zu 4.50 Mk. zum Verkauf.

Betr. Ausgabe von dänischen Eiern.

Samstag, den 16. ds. Mts.
findet auf dem Rathaus, soweit Vorrat reicht, die Ausgabe von dänischen Eiern statt und zwar:
für den Brodkartenbezirk 4 von 8 bis 9 Uhr
" " " 2 von 9 bis 10 "
" " " 3 von 10 bis 11 "
" " " 1 von 11 bis 12 "
Ein Ei kostet 85 Pfennig.

Betr. Ausgabe von Gerstenmehl Weizenmehl und Reis.

Außer dem schon verausgabten Gerstenmehl kommen im Laufe dieser Woche in den hiesigen Lebensmittelgeschäften pro Person der versorgungsberechtigten Bevölkerung 125 Gramm Reis zum Preise von 2.20 Mk. das Pfund und 250 Gramm Weizenmehl zum Preise von 85 Pfennig zur Ausgabe.

Bekanntmachung.

Ich weise erneut auf meine Bekanntmachung vom 21. Juli ds. Js. hin, wonach mir sämtl. leerstehenden und freiverbundenen Wohnungen zu melden sind. Diese Bekanntmachung hat bis jetzt noch nicht genügende Beachtung gefunden. Zuwiderhandlungen werden daher gemäß § 10 bestraft werden.

Mietverträge, die ohne Genehmigung des Mieteinigungs-ausschusses geschlossen werden, werden für ungültig erklärt und die betreffenden Wohnungen beschlagnahmt.

Schierstein, den 13. August 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Fußballklub 1908 Schierstein.

Wir laden unsere werken aktiven- und inaktiven Mitglieder zu der morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Gasthaus „Kaiser Friedrich“ stattfindenden **außerordentlichen Hauptversammlung** ergebenst ein.

Wichtigkeitshalber ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Billige Leiterwagen u. einzelne Räder

eingetroffen. Große Sendung Küchenstühle eingetroffen.

E. Vichtenstein, Mainz,

Telefon 2727. Reichthofstr. 10.

Bürsten, Besen, und Schrubber

aus echtem Friedensmaterial, **Waschbürsten** aus Dürzel, Fieber und Döfse, **Schrubber** in derselben prima Ausführung **Waschbürsten** (Friedensware), echte **Kolossbesen**, prima **Plasfabesen**. Alle Arten **Toilettenseife**, **Kämme** und **Schwämme**. Holz- u. Siebwaren, Reparaturen an Sieben.

August Lind, Mainz, Seilergasse 1.

Eigene Fabrikation. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Wiederaufnahme des Zugverkehrs.

Mit Genehmigung der interalliierten Feldisenbahnkommission wird der durchgehende Zugverkehr zwischen **Mainz und Darmstadt** ab Donnerstag, den 14. August d. Js. zunächst mit nachstehenden Zügen wieder aufgenommen:

Pz. 630 Mainz	ab 605	Darmstadt an	718 vorm.
Pz. 640 Mainz	ab 754	Darmstadt an	908 "
Pz. 666 Mainz	ab 1205	Darmstadt an	117 nachm.
Pz. 646 Mainz	ab 237	Darmstadt on	408 "
Pz. 650 Mainz	ab 221	Darmstadt an	635 "
Pz. 648 Mainz	ab 746	Darmstadt an	858 "
Pz. 637 Darmstadt	ab 613	Mainz an	727 vorm.
Pz. 635 Darmstadt	ab 1103	Mainz an	1218 mittags
Pz. 661 Darmstadt	ab 110	Mainz an	229 nachm.
Pz. 649 Darmstadt	ab 650	Mainz an	807 "
Pz. 661 Darmstadt	ab 758	Mainz an	912 "
Pz. 653 Darmstadt	ab 1000	Mainz an	1115 "

Die Benutzung der Züge bis und ab Darmstadt ist nur mit vorchriftsmäßigem Paß gestattet. Paßkontrolle findet in Weiterstadt statt. Gepäckabfertigung ist zugelassen. Die Reisenden werden aber in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, sich zur Gepäckrevision in Weiterstadt sofort nach Ankunft an den Gepäckwagen zu begeben.

Mainz, den 11. August 1919.

Eisenbahndirektion.

Genehmigung durch die Unterkommission des Bezirkes Mainz.

Ihre Entlassungs-Anzüge

sowie Mäntel, Decken, Blusen, Jackenkleider etc. können in kürzester Zeit, innerhalb 1-2 Tagen, in allen Farben **umgefärbt** werden.

Dampf-Färberei Meseth, Chemische Reinigungs-Anstalt

11 Faulbrunnenst. Wiesbaden. Faulbrunnenst. 11.

Ausgetäumte

Haare

kauft zu den höchsten Preisen
Mois Cosfeld, Mainz,
Gaustr. 59.

Schlafzimmer

in großer Auswahl zu
den billigsten Preisen bei

Karl Becker, Mainz,
Mittlere Bleiche 30.

Wegen Auflösung meines Lagers verkaufe ich zu herabgesetzten Preisen: 1 einz. **Rußbaum-Schlafzimmer** zu 1000 Mk., 1 Konjöl, 1 Kommode, 1 2-tür. Kleiderschrank, 1 Gasselonzue, mehrere vollständige Betten, 1 Schreibtisch, Aufstell-Sachen und dergl. mehr. Mainz, Quintinsstraße 17. Bitte genau auf Nr. zu achten.

Fußboden- Del

in guter staubbinder
Qualität.

Drogerie Strauven,
Mainz, Quintinsstraße 10.
Telefon 1361.

Küchen

kaufen Sie sehr billig
direkt in der Schreinerei bei
Karl Becker, Mainz,
Mittlere Bleiche 30.

Schlafzimmer

zu billigsten Preisen.

Komplette Küchen

billigt in reicher Auswahl, Vertiko, Auszugstische, Küchens- und Kleiderschränke, Patentmatrassen, **Hohhaar, Seegras- u. Kaval-matrassen** in bester Verarbeitung zu billigsten Preisen.
Karl Becker, Mainz,
Schreinerei, Mittl. Bleiche 30.

Aufruf an die Mütter.

Die heißen Tage sind die größten Feinde Eurer Kleinsten. Die Gefahr der Hitze für den Säugling hat eine Reihe von mittelbaren und unmittelbaren Ursachen. Er bekommt leicht erhöhte Temperatur, die Verdauungskräfte vermindern sich, die Widerstandsfähigkeit gegen Erkrankungen nimmt ab. Alle Nahrungsmittel — außer der Muttermilch — verderben leicht.

Wollt Ihr Eure Kleinsten gesund erhalten, so beachtet genau folgende Gebote:

1. Keinesfalls in den heißen Monaten von der Brust absetzen, wenn es der Arzt nicht anordnet.
2. Die Kinder ganz leicht und locker gekleidet strampeln lassen.
3. Alle Federbetten entfernen.
4. Das Kind keinesfalls in die Küche sondern in das kühlste Zimmer stellen.
5. Die Sonnenhitze abhalten, morgens und abends gut durchlüften.
6. Mehrmals kalt aufwaschen.
7. Nicht mehr, eher weniger Milch als sonst geben, gegen den Durst dünnen Tee mit möglichst wenig Zucker.
8. Sauger und Flasche gleich nach Gebrauch säubern.
9. Die Milch morgens sofort abkochen und schnell abkühlen, dann kühl stellen.
10. Bei Durchfall nur Tee mit wenig, besser ohne Zucker geben und sofort zum Arzt gehen.

Das Kreiswohlfahrtsamt.

Achtung! Friedensware eingetroffen!

Dürzelbürsten 4,75 M., Weisbüsten 1,85 M., Kleiderbürsten 2,50 M., Wischbüsten 3,35 M., Handseger 7,00 M., Kolossbesen 7,00 M., Vorstenden 12,50 M., Schrubber 4,25 M., Gentrifugenbürsten 0,80 M., Splinderpuger 1,10 M., Gläserbürsten 1,25 M., Flaschenbürsten 1,85 M., Kinderflaschenbürsten 0,30 M.
Warengehalt Knab, Ede Wilhelmstr. und Mittelstr.

„Veado“ die beste brasilianische Zigarette

garantiert reiner Naturtabak,
ungebleicht — unparfümiert.

Für den deutschen Kenner!

Grande Manufatura de Fumos „Veado“ à Rio de Janeiro,
größte Zigarettenfabrik Amerikas.

General-Vertretung und Lager für die Kreise Mainz, Bingen, Alzey, Oppenheim, Gr. Geran, Wiesbaden und Höchst: Arthur Voigt, Mainz, Flachmarktstraße. Musterversand findet nicht statt.

Einladung.

Am Sonntag, den 17. August ds. Js. veranstaltet der Ziegenzuchtverein im Garten zum „Ratsstübchen“ für seine Mitglieder von 2½ Uhr ab eine

Preis-Ziegen Schau.

Als Preisrichter sind die Herren Beeresheim von Koblenz-Neuendorf und Michel-Griesheim a. M. gewonnen.

Der Eintritt beträgt pro Person 30 Pfennig.

Die Preisverteilung findet um 6 Uhr im Ausstellungslokal statt.

Zu dieser Veranstaltung laden wir die verehrliche Einwohnererschaft ganz ergebenst hiermit ein.

Der Vorstand.

Partie Korbflaschen

Weinfässer (300-25 Lit.), Einmachfässer, neue und alte Weinforle, 12 Kübel mit Archepantinspflanzen zu verk.

Acker, Wiesbaden,

Beinrighr. 21. Tel. 3930.

Landhäuser,

Bauerngehöfte,

in jeder Preislage zu kaufen

gesucht.

Ausführliche Angebote an

Heinrich F. Haubmann,

Bankagentur,

Wiesbaden, Guelbstr. 13.

Vertreter gesucht.

Achtung!

Constantin-Cigaretten

eingetroffen von 8, 10, 12 Pfg.

Ferner Cigaretten von 40 Pfg.

Warengehalt Knab

Ede Wilhelm- und Mittelstraße.

Ein Mann,

zum Fahren und für Garten-

arbeit gesucht.

Gärtnerei Schwebig,

Wiesbadenerstraße 36.

Ein Acker

Hafer

auf dem Halm zu kaufen

gesucht. Zu erfragen in der

Geschäftsstelle.

Verschiedene wübel,

Bilder, Hausgeräte

usw. zu verkaufen.

Wörthstr. 5 l.

Tausch!

Weizmehl gegen Zucker

wird angenommen. Zu er-

fragen in der Geschäftsstelle.

Johannistrauben

Pfund 1,10 Mk.

Stachelbeeren

zu haben bei Frau Sattler,

Gemüsehandlung.

Fahrräder

erstkl. Fabrikat mit

und prima Gummi-

abzugeben. Karl

Mainz, Heibelbergerstraße

1000

Wt. für

schiffliche

Wäsche

in der

an

eine

Staats-

weiten.

z. B.

aus

erklär

13. B.

die Erla

ngen

den Krie

den R

endung

im Flu

lande

bei ab

verpfl

auf be

in der

Bedau

che, da

Offen

nden

belam

der S

sturi

ist

aus

Tran

se ver

nen:

Berr

Teile

nach

ne.